

Antrag

Hannover, den 21.01.2025

Fraktion der CDU

Agenda 2030 - neuer Aufbruch für Deutschland und Niedersachsen - Wohlstand erhalten, neues Wachstum schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und Niedersachsens ist alarmierend. Nach Einschätzung der Norddeutschen Landesbank (NORD/LB) wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Niedersachsen im Jahr 2025 erneut um 0,1 % schrumpfen, während für ganz Deutschland ein geringes Wachstum von 0,2 % prognostiziert wird.¹ Nachdem im Jahr 2024 bereits ein Rückgang von 0,1 % in Niedersachsen zu verzeichnen war, liegt Niedersachsen voraussichtlich im Jahr 2025 unter dem insgesamt schwachen Durchschnitt der deutschen Bundesländer. Die Stimmung in den niedersächsischen Unternehmen ist laut Einschätzung der NORD/LB stark eingetrübt. Das betrifft neben der Automobilindustrie sämtliche energieintensiven Branchen wie Chemie, Papier, Glas und Stahl.² Das Beispiel VW zeigt eindringlich, dass neben den kleinen und mittleren Unternehmen auch die großen Unternehmen in Niedersachsen vor großen Herausforderungen stehen und auf eine gute Wirtschaftspolitik angewiesen sind. Nach drei Jahren Ampel-Regierung steht Deutschland vor tiefgreifenden Herausforderungen: Eine stagnierende Wirtschaft, zunehmende Insolvenzen, gefährdete Arbeitsplätze und explodierende Energiekosten belasten Bürger und Unternehmen in Niedersachsen und darüber hinaus. Mit der zweithöchsten Abgabenlast in Europa wird die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso geschwächt wie die Attraktivität für dringend benötigte Fachkräfte. Auch Unternehmen leiden unter einer unverhältnismäßig hohen Steuerbelastung, die Investitionen hemmt, Innovationen ausbremst und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze erschwert. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts schwindet - die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stimmung hat einen Tiefpunkt erreicht. Deutschland ist Wachstumsschlusslicht aller OECD-Staaten.³

Doch in der Krise liegt auch eine Chance. Deutschland und Niedersachsen verfügen über ein starkes Fundament: innovative Unternehmen, hochqualifizierte und engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie einen leistungsfähigen Mittelstand. Mit der richtigen Politik kann dieses Potenzial freigesetzt und können die Weichen für wirtschaftliches Wachstum gestellt werden. Dies ist notwendig, um den Standort Niedersachsen nachhaltig zu stärken. Es braucht jetzt eine klare, zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik, die Leistung belohnt, Investitionen fördert und Bürokratie abbaut. Denn nur eine starke Wirtschaft kann sozialen Zusammenhalt, stabile Renten und nachhaltige Arbeitsplätze sichern. Deutschland und Niedersachsen sollen wieder an der Spitze stehen, innerhalb der Europäischen Union aber auch weltweit: als Vorreiter bei Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz und Gesundheitstechnik, als Standort für eine wettbewerbsfähige Industrie, die auf sicheren und bezahlbaren Energien basiert, und als Heimat innovativer Unternehmen, die neue Ideen in erfolgreiche Geschäftsmodelle umsetzen. Dafür muss der Staat die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und die Leistung der Fleißigen wieder in den Mittelpunkt politischen Handelns stellen.

¹ <https://www.haz.de/wirtschaft/regional/nordlb-niedersachsens-wirtschaft-wird-2025-leicht-schrumpfen-IOLHPLEAONAZAJM2SWPZCLXMU.html>

² <https://www.zeit.de/news/2025-01/10/nordlb-niedersachsens-wirtschaft-auch-2025-ohne-wachstum>

³ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/oecd-prognose-deutschland-naechstes-jahr-schlusslicht-bei-wirtschaftswachstum-110152746.html>

- I. Der Niedersächsische Landtag stellt fest:
 - Die niedersächsische Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen und benötigt die aktive Unterstützung der Landesregierung.
 - Ziel muss es sein, jährlich mindestens 2 % Wirtschaftswachstum zu kreieren, um Wohlstand, Fortschritt und sozialen Zusammenhalt zu sichern.
 - Die Landesregierung ist gefordert, dem Negativtrend durch eine strategische Wirtschaftspolitik entgegenzutreten.
- II. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,
 1. sämtliche Wirtschafts-Förderprogramme des Landes auf ihre Effektivität zu überprüfen, sie gegebenenfalls anzupassen oder sie bei einer festgestellten Fehlsteuerung ganz abzuschaffen und die freiwerdenden Haushaltsmittel gezielt für Investitionen in die Infrastruktur einzusetzen,
 2. sämtliche Antragsverfahren für die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme des Landes zu entbürokratisieren und bestehende Nachweispflichten auf das gesetzliche Mindestmaß zurückzuführen,
 3. die Attraktivität des Standorts Niedersachsens durch den Abbau von Bürokratie für Gründer von Unternehmen voranzutreiben. Es soll eine „Gründerschutzzone“ eingerichtet werden, um die Gründer in der Startphase umfassend in Bezug auf bürokratische Vorschriften zu entlasten.
 4. die konsequente Einführung und Umsetzung des Once-Only-Prinzips in Niedersachsen. Ziel ist, Verwaltungsprozesse zu digitalisieren und zu vereinheitlichen, damit Bürger und Unternehmen ihre Daten und Nachweise nur einmal an Behörden übermitteln müssen. Die Verwaltung soll diese Informationen zentral vorhalten und für weitere Verfahren nutzen, um Mehrfacherhebungen zu vermeiden, Bürokratie abzubauen und die Effizienz der Verwaltung zu steigern.
 5. um Bauantragsverfahren zu beschleunigen und effizienter zu gestalten, diese mit einer einheitlichen Software zu digitalisieren bzw. die bereits eingeführten unterschiedlichen Systeme der unteren Bauaufsichtsbehörden zu vereinheitlichen. Die im Verfahren geforderten elektronischen Signaturen sollen mit der kostenlosen BundID ermöglicht und nicht durch kostenaufwändige externe Softwarelizenzen ersetzt werden. Um das Bauen schneller, günstiger und einfacher zu machen, sind Ausführungsdetails und Kriterienkataloge für den Gebäudetyp E zu erarbeiten und die Umsetzung rechtssicher zu gestalten.
 6. die Sanierung maroder Brücken und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur mit Nachdruck anzugehen. Dabei soll insbesondere die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Bereich Verkehr und Bau vorangetrieben werden, um wirtschaftliche Impulse zu setzen und die Infrastruktur nachhaltig zu stärken.
 7. die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Häfen durch höhere Investitionen in die Häfen und die dazugehörige Hafenhinterlandanbindung und Infrastruktur zu stärken.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass
 1. die Sozialbeiträge die Marke von 40 % nicht überschreiten,
 2. die Stromsteuer dauerhaft auf das europäische Mindestmaß gesenkt wird und die Netzentgelte reduziert werden, um die Strompreise um mindestens 5 Cent pro kWh zu entlasten. Zur Finanzierung sollen CO₂-Einnahmen herangezogen werden. Zudem sollen der grenzüberschreitende Netzausbau vorangetrieben, die Synchronisierung von Netzen und Speichern verbessert und die Zusammenarbeit zwischen Verteilnetzbetreibern verstärkt werden, um eine kosteneffiziente und zukunftsfähige Energieinfrastruktur sicherzustellen.
 3. das bisherige Bürgergeld abgeschafft und durch eine Neue Grundsicherung ersetzt wird. Dabei müssen das Leistungsprinzip sowie das Prinzip „Fördern und Fordern“ wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Zuständigkeiten für die unterschiedlichen Sozialleistungen sind zu vereinheitlichen und zusammenzuführen.

4. die Grundfreibeträge jährlich angehoben werden, der Spitzensteuersatz erst ab einem Einkommen von 80 000 Euro greift und der Anstieg des Einkommensteuertarifs flacher verläuft, um die Einkommensteuerbelastung für die breite Bevölkerung deutlich zu reduzieren,
5. Überstundenzuschläge künftig steuerfrei gestellt werden, um freiwillige Mehrarbeit attraktiver zu gestalten und die Leistungsbereitschaft zu unterstützen,
6. eine Aktivrente eingeführt wird, die es Rentnern ermöglicht, durch freiwillige Weiterarbeit einen steuerfreien Verdienst von bis zu 2 000 Euro monatlich zu erarbeiten,
7. der Solidaritätszuschlag vollständig und endgültig abgeschafft wird,
8. die Gewerbesteuer vereinfacht wird, indem das für den Unternehmenssitz zuständige Finanzamt künftig das gesamte Verfahren zentral abwickelt und die Steuereinnahmen aufkommensneutral an die Standortkommunen verteilt werden,
9. die Körperschaftssteuer schrittweise auf 10 % reduziert wird, um so unter Berücksichtigung der Gewerbesteuer die Ertragssteuerbelastung insgesamt auf 25 % zu deckeln,
10. eine digitale Bundesagentur für Fachkräfteeinwanderung eingerichtet wird. Diese soll als zentrale Anlaufstelle für ausländische Fachkräfte fungieren und den gesamten Prozess von der Anwerbung, der Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen, der Arbeitsplatzvermittlung, der Prüfung von Einreisevoraussetzungen bis hin zur Vergabe von Aufenthaltstiteln digital effizient abwickeln, um die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte zu erleichtern und den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Begründung

Die Attraktivität des Standortes Niedersachsen für Unternehmen, hat in den letzten Jahren stark gelitten und befindet sich weiterhin auf einem Negativtrend. Ohne ein umfassendes und langfristig ausgelegtes Konzept zur Stärkung und Unterstützung der hier angesiedelten Unternehmen wird sich dieser Trend fortsetzen. Die wirtschaftliche Stabilität unseres Bundeslandes und ganz Deutschlands hängt entscheidend von einer Politik ab, die Innovation, Wachstum und soziale Sicherheit fördert. Die Herausforderungen sind zweifellos groß, doch sie bieten auch eine historische Chance für einen Neuanfang. Dazu bedarf es entschlossener Maßnahmen auf allen staatlichen Ebenen: Bürokratie muss abgebaut, Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung müssen massiv ausgeweitet und steuerliche Belastungen für Unternehmen und Bürger gleichermaßen reduziert werden. Eine moderne, wachstumsorientierte Politik kann es ermöglichen, die Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens nachhaltig zu steigern und zugleich gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern. Die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens sowie die hier ansässigen Unternehmen verdienen eine Politik, die den Standort stärkt und die wirtschaftlichen Potenziale ausschöpft. Es ist kein Naturgesetz, dass Niedersachsen hinter dem deutschen Durchschnitt zurückbleibt und auch Deutschland insgesamt nur über ein schwaches Wachstum verfügt. Mit Entschlossenheit, einem klaren Fokus und der Bereitschaft, überkommene Strukturen zu hinterfragen, kann die Trendwende in Niedersachsen und ganz Deutschland gelingen.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin